

Die rote Fahne.

Amtliches Organ des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrates.

Nr. 17.

Dienstag, den 26. November 1918.

1. Jahrgang.

Der Sozialismus ist notwendig!

Es gibt noch Leute, denen man nachweisen muß, daß der Sozialismus gegenwärtig möglich ist. Die Unmoral und Leinich zum Beispiel haben ihren Umfall nach den Augusttagen 1914 mit der Behauptung zu begründen versucht, der Kapitalismus habe noch eine außerordentliche innere Kraft und Entwicklungsmöglichkeit. Gerade durch den Krieg sei die Bahn für die Epoche des Finanzkapitals freigemacht worden. Herr Cunow insbesondere hat sich dabei die Argumentation sehr leicht gemacht, indem er seine Polemik fast ausschließlich gegen die Konfusionen Kautskys richtete und die theoretische Arbeit der Linkskritiker glatt beiseite liegen ließ. Er versucht auch jetzt noch, diese Taktik durchzuführen. Von vornherein ist es eine bedenkliche Sache für jede Theorie, wenn sie allein versucht, sich gegen den Schwächsten, statt gegen den stärksten Gegner zu behaupten. Heute aber lautet die Frage ganz anders. Es ist nicht mehr darüber zu streiten, ob der Sozialismus möglich, sondern ob er notwendig ist. Eine kurze Untersuchung der Verhältnisse, in die der Krieg Europa und insbesondere Deutschland gebracht hat, wird die Notwendigkeit der sozialistischen Wirtschaftsweise zur Überwindung der ungeheuren Schwierigkeiten beweisen.

Der Krieg hinterläßt Europa in einem trostlosen Zustande. Er hat gemaltete Gebiete vollkommen zerstört; die breite Schlachtlängszone in Belgien und Frankreich ist ein einziger großer Trümmerhaufen. Nicht allein Fabriken, Dörfer, Städte, Straßen, Eisenbahnen sind zerstört worden, sondern das Erdreich selber ist durch die Grabensysteme aufgerissen, durch die Granaten in Trichterfelder verwandelt, für lange Zeit seiner Fruchtbarkeit und sogar seiner Bebauungsfähigkeit beraubt. Ein großer Teil der Handelsflotten ist vernichtet, Eisenbahnen und Maschinen sind durch die Ueberlastung zum guten Teil unbrauchbar geworden. An den Erdschäben, wie Kohle und Eisen, wurde ein verderblicher Raubbau getrieben, und vor allem ist das höchste Gut der Kultur, die menschliche Arbeitskraft, in nachweislicher Weise vermindert und verflämmt worden. Außerdem wurde auf die Schultern der Völker in Gestalt der Kriegsanleihen und der Verpflichtungen gegenüber den Krüppeln und Kriegshinterbliebenen eine schwere Last gelegt, und die revolutionären Bewegungen, die bisher den Osten und Mitteleuropa erschütterten, werden natürlich zunächst gehindert werden. Die Forderung heißt jetzt: Wiederaufbau durch eine stark verminderte und außerdem noch geschwächte und überlastete Arbeiterklasse. Für diesen Aufbau ist in erster Linie die Herstellung neuer Produktionsmittel: Fabriken, Maschinen, Urbarmachung der Ländereien und Errichtung neuer Wohnstätten, welche in diesem Sinne auch als Produktionsmittel bezeichnet werden können, notwendig.

Ran ist es für die Lage der Arbeiterklasse durchaus nicht gleichgültig, in welchem Verhältnis die Herstellung von Produktionsmitteln zur Produktion von Nahrungsmitteln und Gebrauchsgütern steht. Die breite Masse der Bevölkerung lebt. Gewöhnlich stellt man sich das Verhältnis zwischen Mehrwert und Arbeitslohn als ein reines Geldverhältnis vor. Damit erfährt man aber nur den äußeren Schein. Die kapitalistische Wirtschaft bedarf des Geldes zur Überwindung der Widersprüche, welche aus der völlig anarchischen Produktionsweise hervorgehen. Das Geldverhältnis eines Produktionsgebietes nach dem anderen ab- und zuziehende Geld wirkt unmittelbar als Regulator des ganzen Produktionsprozesses und als Vermittler des Umlaufes der hergestellten Waren. Hinter dem Geld aber stehen die wirkliche Dinge, stehen die Waren und Produktionsmittel, und nur das Weiden der kapitalistischen Gesellschaft erkennen will, muß den Schein zerreißen, den die Geldverhältnisse darüber ausbreiten. Dann stellt sich heraus, daß der Arbeitslohn in Wirtschaft dargestellt wird durch die Masse der Nahrungsmittel und der Bedarfsgegenstände, die dem täglichen Gebrauch der Bevölkerungsmassen dienen. Dagegen stellt sich der Mehrwert dar in den befindlichen wachsenden Produktionsmitteln und jenen Anlagen und Einrichtungen, die dem Luxus der Kapitalistenklasse dienen. Dieser Luxus ist für die herrschenden Klassen das Ziel ihrer Anstrengungen zur Erhöhung des Mehrwertes; aber sie können ihn nur erreichen dadurch, daß sie die Produktionsmittel, und dadurch die Ausbeutungsmöglichkeiten, immer weiter entwickeln.

Daß in einer sozialistischen Gesellschaft, in der es keinen Mehrwert gibt, die Produktionsmittel aus befähigter ergänzt und erweitert werden müssen, hat hierbei wenig zu bedeuten. Es kommt zunächst auf das Verhältnis an, in dem die Herstellung von Produktionsmitteln zu der der Nahrungs- und Gebrauchsgüter steht. In dieser Hinsicht konnte man im Zeitalter des Imperialismus recht interessante Beobachtungen machen. Das Streben, den Mehrwert so gewaltig als möglich zu steigern, führte zunächst den Großkapitalismus zu einem energischen Widerstand gegen die Verbesserung der Arbeiterlage. Der Arbeitslohn mußte niedriger gehalten, die Arbeitskraft in möglichst hohem Maße ausgenutzt werden. Die niedrigen Löhne erlaubten der Arbeiterklasse nicht, sich die nötigen Nahrungsmittel, Kleider, bessere Wohnungen usw. anzuschaffen. Für diese Dinge war also der Markt verhältnismäßig beschränkt, und das Kapital fand den Weg in die Produktion von Produktionsmitteln, die bei ihrer gewaltigen Steigerung zum ausgebeuteten Export und meistens zum Drang nach Abgabegütern zu Eroberungen, kurz zum Imperialismus führte. Damit wurde zwar ein großer Teil des bisher unvollnutzten Weltgebietes dem Kapitalismus und damit einer höheren Produktionsweise erobert, das geschah aber in der Hauptsache auf Kosten des Proletariats. Man konnte ungefähr seit Beginn dieses Jahrhunderts immer deutlicher bemerken, wie diese Entwicklung auf die Lage der Arbeiterklasse wirkte. Gerade diese Wirkung wurde verstärkt, weil die Herstellung von Produktionsmitteln, Maschinen, Eisenbahnen, Schiffen usw., eine fast konzentrierte und überaus kapitalintensive Industrie verlangt, die wiederum den Arbeitern gegenüber eine höhere Macht auszuspielen konnte.

Wie vor dem Krieg das Streben des Kapitals, die Arbeiter niederzukämpfen und den Mehrwert zu erhöhen, zu dem Mißverhältnis zwischen der Befriedigung der Lebensbedürfnisse des Proletariats und der Herstellung von Produktionsmitteln führte, so wird umgekehrt künftighin der übergroße Bedarf an Produktionsmitteln drückend auf die Lage der Arbeiterklasse einwirken. Es wird künftighin notwendig sein, mit den begrenzten Kräften der Arbeiterklasse die Produktion

außerordentlich zu steigern. Es werden nicht die nötigen Kräfte vorhanden sein, um die Nahrungsmittel, die Bekleidung, die Wohnungen und Wohnungseinrichtungen und vieles andere mehr herzustellen, die unbedingt erforderlich sind, wenn die Arbeiterklasse auch nur vor einem weiteren Zurückfallen bewahrt werden soll. Kleine Reformen werden gegen diese starken Wirkungen der wirtschaftlichen Lage selber keine Wirkung ausüben können. Selbst das, was bisher geschehen ist, wird zum guten Teile wieder verloren gehen. Wohl wird der Nachkriegsstand sich eine Zeitlang halten können, weil der Mangel an Rohstoffen eine schnelle Wiederherstellung der Friedenswirtschaft unmöglich macht, und deshalb zunächst überreiche Arbeitskräfte vorhanden sein werden. Aber je mehr Rohstoffe herangeführt werden können, um so mehr Arbeitskräfte werden von der Industrie aufgesaugen werden. Und die gemalteten Anforderungen des Wiederaufbaues werden genau so wie die Anforderungen des Krieges zu einer maßlos gesteigerten Ausbeutung der Arbeiterklasse führen, welche alle Arbeiterklassegehalte glatt beiseite schieben wird. Zudem kommt, daß die ins Maßlose gesteigerten Staatsanleihen ihrerseits die Ausbeutung der Arbeiterklasse verschärfen werden.

Um was handelt es sich bei den Staatsanleihen? Der Laie sieht in den Staatsanleihen Kapital. In Wirklichkeit sind sie das nicht. In Wirklichkeit zeigen sie nur die Höhe des verschlissenen Kapitals aus der Zeit vor dem Krieg und des Mehrwertes an, der im Krieg aus den Arbeitern herausgewirtschaftet, aber nicht auf neue in Produktionsmitteln angelegt worden ist. Staatsanleihen sind kein lebendiges Kapital, sondern eine tote Last, die auf das wirtschaftliche Leben drückt. Sie bilden einen besonderen Anreiz zur Erhöhung des Mehrwertes und damit zur erhöhten Ausbeutung und Verelendung des Proletariats.

Angefaßt dieser Situation muß der Kapitalismus mit seiner ungeheuren inneren Leinich verfallen. Es gibt kein Mittel mehr, um die Arbeiterklasse, der man jetzt gewisse Zugeständnisse machen muß, in das alte Elend und in schlimmeres zurückzuführen. Sie muß sich dagegen empören. Sie wird jede Macht wegnehmen, die nicht imstande ist, der geschädigten wirtschaftlichen Entwicklung erfolgreich entgegenzutreten. Eine Regierung, die verläßt, den Kapitalismus zu halten, wird auf diesem Wege scheitern. Darum muß die heutige Reichsregierung zugrunde gehen. Die Diktatur des Proletariats ist unvermeidlich, selbst wenn die Arbeiterklasse heute noch, besungen in Hymnen, ihre Aufgabe nicht erkennt. Allein eine solche Staatsmacht, die zunächst das Wirtschaftsleben von der toten Last der Anleihen befreit und dadurch ganz konsequent zur Beseitigung der ganzen Wirtschaft getrieben wird, ist in der Lage, Herr der Schwierigkeiten zu werden. Auch eine sozialistische Wirtschaftsweise wird einer ganz gewaltigen Aufgabe gegenüberstehen, wenn sie die Zerstörungen des Krieges wieder weitmachen will. Aber durch die Ordnung der gesamten Produktion, die sie allein durchführen kann, durch die Verbindung jeder Kraftleistung für Zentralarbeit und Zentralleistungen, durch die Konzentrierung aller Kräfte auf die Notwendigkeiten, die dem Wiederaufbau der Wirtschaft und dem Wohlstand der breiten Masse dienen, wird ihr die Lösung der Aufgabe gelingen. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung steht den Aufgaben der nächsten Zukunft vollkommen machtlos gegenüber. Der Versuch, sie aufrechtzuerhalten, kann nur zu furchtbaren Kämpfen zwischen den einzelnen Klassen führen, an denen ihr schließlich zugrunde gehen wird. Die Geschichte unserer Tage beweist aufs neue die traurige Wahrheit, daß nicht nur die herrschenden Klassen mit Blindheit geschlagen sind, sondern daß auch den unterdrückten Klassen erst durch die härtesten Erfahrungen an eigenen Leiden der Erkenntnis der historischen Notwendigkeiten aufsteht.

Die Geschichte läßt sich nicht abhandeln, läßt sich nicht betragen, aber sie führt mit eherner Notwendigkeit zum Ziele.

Wie sie lügen.

Wien, 26. November. Mit Bezug auf einen Brief des Grafen Czernin an die „Neue Freie Presse“, veröffentlicht am 23. November, teilt Prof. Dr. Jaffe in einem 28. November mit Graf Czernin beabsichtigt in der „Neuen Freien Presse“ ein Schreiben des Inhalts die Nachricht, daß Deutschland und Oesterreich-Ungarn im Herbst 1917 ein Friedensangebot von Amerika erhalten hätten, falls General Oesterreich-Ungarn in Betracht käme, falls. Dem Grafen Czernin sei von einer Aktion des Gener. Verwaerenmanns Wilsons, der sich an Deutschland gemeldet habe, nichts bekannt. Graf Czernin scheint ein etwas kurzes Gedächtnis zu haben. Es wird wohl genügen, nachstehend den Wortlaut des Briefes, den Graf Czernin dem Ueberbringer des amerikanischen Friedensangebotes schrieb, zum Abdruck zu bringen. Das Schreiben, dessen Original mit vorzulegen ist, ist vom 2. Januar 1918 datiert und lautet:

„Ich bin Ihnen bereits gesagt habe, in hohem Maße interessiert. Ich würde jedoch das patriotische Interesse, mit dem Sie sich all den kühnsten Reden widmen, fomme aber bei näherem Ueberdenken Ihrer Mitteilung zu dem Schluß, daß es sich um tatsächliche Ermahnungen nicht empfiehlt, im gegebenen Moment und wohl auch für die nächste Zukunft, die den Jähren aufgenommenen haben fortzuführen. Ich werde mich daher, das Geschehen an Sie zu helfen, sich bis auf weiteres nicht ins Ausland zu begeben und besetze mir vor, im gegebenen Moment an Gen. Podwolskoben heranzutreten, um mir Ihre wertvolle Mitarbeit zu sichern. Empfangen Sie...“

Damit ist die Angelegenheit Czernin wohl beendet. In den Mitteilungen des Auswärtigen Amtes bezüglich des Friedensangebotes an Deutschland wurde es noch bemerkt, daß das betreffende Schreiben meinerseits nicht, wie das Auswärtige Amt sagt, am 10. September 1917, sondern am 10. Dezember 1917 in die Hände des amerikanischen Präsidenten Wilsons übergeben wurde. Es war ursprünglich meine Absicht, die Mitteilungen über das Friedensangebot erst vor dem künftigen Staatsgerichtstag zu machen, der die Vorgeschichte des Krieges nachprüfen würde. Nun vertritt aber das Auswärtige Amt am 20. November jenes Dementi, das auch heute, nach vollzogener Revolution, das Auswärtige Amt in den letzten Jahrgängen dieses Jahres über Deutschland gebracht hat. Die Gefahr mußte vermieden werden, daß diese beiden Mächte, die für die Befreiung der Weltgenossen mit verantwortlich waren, im Namen des Deutschen Volkes und des Volkes an den kommenden Friedensverhandlungen teilnehmen würden. Nur um dieser, meinem Ermessen nach unermesslichen Gefahr vorzubeugen, entschloß ich mich, zur Notwendigkeit jener Tatsachen zu sprechen. Es muß eindeutig vor aller Welt festgelegt werden, was die methodische Propaganda des Auswärtigen Amtes eigentlich bedeutet.

Am 21. November 1918, das Auswärtige Amt, daß keiner der Feinde Deutschlands im Weltkriege jemals ein Friedensangebot gemacht hat.

mühtige Amt ergangen sei. Da nunmehr laut Mitteilung der Abendblätter vom 28. November die Unterstaatssekretäre von dem Bundesrat und von Stumm in den nächsten Tagen ihr Abschiedsgesuch einreichen werden, so darf man damit wohl die Angelegenheit als erledigt betrachten. Jaffe m. p.

Reichskonferenz der deutschen Bundesstaaten.

22. Berlin, 25. November. In der Konferenz der deutschen Bundesstaaten wurde nach dem Referat des Vorsitzenden Präsident Eisner schwere Bedenken gegen die Tagesordnung der Lage sei bekannt, aber nicht, wie die neue Lage geschaffen sei. Er schlug vor, die Diskussion in drei große Gruppen zu gliedern: 1. Waffenstillstands- und Friedensbedingungen, zugleich mit der Vorfrage der Aktionsfähigkeit der Regierung. 2. Politisch-nationaler Zusammenhang. 3. Wirtschaftliche Beziehungen der Bundesstaaten zum Reich. Das alles müsse nicht erörtert, sondern entschieden und abgeschlossen werden. Der Vorsitzende übertrug mit seinem Bericht durch, daß mit dem Referat zu beginnen und dann die Gruppendiskussion vorzunehmen sei, wie sie Eisner vorschlug.

Staatssekretär Solff: Da die Teilnahme der Vereinigten Staaten am Krieg sich als ausschlaggebend erwiesen habe, hätten wir uns mit unserem Waffenstillstands- und Friedensangebot auch an sie gemeldet. Außerdem habe Wilson ein ehrliches pazifistisches Programm vertreten, während alle anderen Gegner Imperialisten seien. In unserer Lage sei aber die einzige Rettung eine entschiedene pazifistische Politik und damit die Eindämmung des Imperialismus. Allerdings beruhe auch in Amerika eine Siegesstimmung und daher eine Ueberstimmung mit den Waffenstillstandsbedingungen. Amerikas Forderung sei, daß in Deutschland die Ruhe und Ordnung aufrechterhalten werde, sonst drohe es nach dem Waffenstillstand mit dem Einmarsch. Eben jetzt sei die Verfertigung von Waffen eingestellt, wenn die öffentliche Ordnung aufrechterhalten wird. In England habe die hochgehende Siegesstimmung gegen Selbstverleumdung und Spottverleumdung verstimmt. Lord Curzon würde sich wohl auf seine Stellung zum Kaiser und zur Kaiserin beziehen, die der unferen entspreche. Auch in England werde von Deutschland eine geeignete Majoritätsregierung verlangt. Herrsche in England Siegesjubel, so sei in Frankreich Siegestaumel an der Tagesordnung. Seine öffentliche Meinung dränge vor allem auf die Unterdrückung jeglichen Volkswillens; es scheine aber fast, als wolle man in Paris gar keinen Frieden, sondern hoffe durch die Förderung des Separatismus das Reich zu zerstören. In Polen sei das Bestreben der Regierung, die Liquidation der deutschen Okkupation ohne Blut zu erleichtern, obwohl die Volkstimmung anders geartet sei. Dem deutschen Volkstand sei Mitteilung gemacht, daß man auf freundschaftliche Beziehungen zum Reich Wert lege. Ungünstig mühe die Uebernahme der Regierung durch eine nationaldemokratische Partei, die eine enquetefreundliche und eine deutschfeindliche sei. In der Ukraine scheine sich der Gedanke eines föderalistischen Staates zu entwickeln, während in den alten Gegenden der Reichsregierung bemerkt wurde, daß sie sich von allen Regierungsmöglichkeiten eines neutralen Standes zu trennen scheine; wir wollten auch im Frieden mit der Sowjetregierung leben, aber gegen eine bolschewistische Propaganda in unserer eigenen Lande durch Moskau müßten wir uns auf das Entschiedenste wehren. Die Verhältnisse in Rußland seien unerschütterlich geworden. Das Ende der Sowjetregierung sei eine bevorstehende Zusammenkunft Solff auf den unbedingten Verzicht auf den Reichsgebiet zurück, dem separatistische Eigenmächtigkeiten im eigenen Lande in die Hände arbeiten, so wenn der Arbeiter- und Soldatenrat in Hamburg selbständige Beziehungen zur Sowjet-Regierung anknüpfte, oder wenn von anderer Stelle unter Ausnutzung des Auswärtigen Amtes auf der Seite nach Wien verhandelt würde. Er habe mit seinen Beamten nicht unter der neuen Regierung gearbeitet, aber der Vernichtung Hoffnung sei nicht ohne Protest zuzulassen. Seine einzige Hoffnung sei für die Konferenz, denn die heutigen Verhältnisse seien für die Konferenz die besten Hoffnungen. (Wiederholter Widerspruch.) Die Konferenz müßte unbedingt erledigt beschließen.

1. Die Zentralgewalt darf keiner Kontrolle unterlieft sein, welche die Einzelstaaten nicht anerkennen. 2. Die Auslandsbeziehungen dürfen nur der Reichsregierung obliegen. 3. Für die Nationalversammlung, die nicht in Berlin, sondern an einem anderen geeigneten Ort zu tagen habe, muß ein baldiger Termin festgesetzt werden, wenn das heute vorhanden sei, könne nur als Provisorium gelten. Selbst schließt mit den Worten, daß er dann an eine glückliche Zukunft der Revolution glaube und sie nicht um ihre Früchte bringen wolle.

Hierof erläuterte Staatssekretär Erzberger sein Referat: Er berichtete zunächst über den Einfluß des Kriegskabinetts am 8. November, dem Generalstabes Oberbefehlshaber die Kapitulation Deutschlands auszuwählen. Die Verhandlungen führten zu dem Ergebnis, daß die Bedingungen entgegen den von den militärischen Bedingungs nicht als befehltes Gebiet, sondern als selbständige Welt begründet wurde. Die Punkte, in denen die Bedingungen eine Ueberlegung erfordern, waren: Die Verlängerung der Abzugsdauer von 20 auf 30 Tage, die Ablieferung von 5000 Lastkraftwagen statt 2000, die Bestimmung, daß die Abgabe der deutschen Kriegsgüter in Präliminarien geregelt werde, endlich die Aufhebung der Verfügung über Lebensmitteln. Die Forderungen sind im Verhältnis zum Kriegsmaterial sehr geringfügig übergeben, dagegen konnten nur 300 Lokomotiven und 100 000 Wagen abgeliefert werden. Die Abmachung über die deutschen Kriegsgüter erfordern mildern zu können, erscheine hoffnungslos. Die Milderung der Forderungen dürfte sich normal, umwichtig sei dagegen die Aufhebung der gefangenen Russen vor dem 1. Februar 1919. In der Lebensmittelfrage sei geteilt zum ersten Male eine entgegenkommende gehaltene Depeche von Clemenceau eingetroffen. Er verpönte sich auch viel von der Zukunft Dooedes in England. Er wolle auch aufstehen an der Möglichkeit, die Hungerkammerne innewandeln und besetzte, die die Entente als einen Akt der Feindschaft in Deutschland einzurufen. Hieraus ergibt sich nach seiner Ansicht die dringende Wichtigkeit des Präliminarienfriedens. Dieser erhoffe er so baldem ein energisches Aufheben des Hungerkriegs, die Geneser der deutschen Arbeiter und Wahrung der Reichseinheit. Am Ende seiner Rede erwähnte er die Gefahr durch längere Befreiung der inländischen Gebiete und Beweiskraft der polnischen Ansprüche in Polen und Oesterreich.

Eisner erklärte darauf: Die Referate Solff und Erzberger lassen mirlich nicht davon merken, daß inzwischen die Revolution ihre Arbeit getan hat. Sicherheit wollen wir den Frieden, aber ihn erreichen, werden wir nur durch völlige unkompromittierte Männer. Man lasse sich also an den Kopf, wenn man die Namen der Waffenstillstandsunterhandler lese. An ihrer Spitze standen Leute, wie Erzberger, welche die Weltgeschichte der öffentlichen Meinung organisierten. Solff hat Verhandlungen mit Wilson für angebracht, ohne zu bedenken, daß er dadurch die anderen unterer Gegner für minderwertig erklärt. Das muß ja bei den Feinden zum Scheitern bringen. Er könne die Tätigkeit dieser beiden Männer nicht anerkennen. Er könne die Entente nicht als Unterhandlung anerkennen. Er könne die Entente nicht als Feind, sondern als verlässlichen Feind. Ihre Forderungen sind: 1. mit Menschen zu verhandeln, die nicht zum alten System gehören. Clemenceau erklärte erst nachher: Die ursprünglichen Waffenstillstandsbedingungen gelten nicht dem deutschen Volk, sondern Wilhelm II. Der Kaiser sei gewonnen; ihn müßten alle unkompromittierten Männer nach Holland folgen, wenn sie nicht wegen Landes- und Volkswillens angehalten werden sollten. Solff, Erzberger und übergeleitete seien für alle Feinde erledigt. Die weitere Forderung der Entente sei, Männer an der Spitze der deutschen Regierung zu setzen, die das Vertrauen der Völker genießen. Wir brauchen eine Reichsregierung, die ohne

Gewinn demokratische und soziale Politik treibt. Außerdem sei die Einführung eines provisorischen Präsidiums an Stelle des Bundesrats vor, das alle Verhandlungen mit der Entente führt. Nur auf Grund dieser seiner Vorschläge könne der Separatismus unterbunden werden, den er in Bayern befürchte, der aber hierher sei, denn je.

Erzberger antwortete auf Erzberger ein, der immer ein Mitkämpfer gegen den Militarismus gewesen sei. Die Entente sei gegen das deutsche Volk und nicht gegen einen der europäischen Unterhandler. Erzberger bittet um die Erlaubnis, den Generalstabes Oberbefehlshaber, Ludow Hartmann, vorlesen zu dürfen, der als Vizepräsident der Versammlung demontet werde. Hartmann dankt für die freundliche Begrüßung und betont, es dürfe ihm natürlich sein, wenn er heute als Vizepräsident der Versammlung demontet werde. (Beifall.)

Erzberger: Gotha findet die Verteidigung dieses Referats, da Erzbergers Standes auch dieses Standes seien. Er zieht ein Programm in Frage: Ist und der Frieden lieber, als der Sozialismus. Wir müssen für die Sozialisierung sein, selbst dann, wenn wir uns dadurch eine feindliche Verletzung ausleihen. Uns nicht das Volk über dem sogenannten Vaterland und dem Volk kann nur der Sozialismus helfen.

Ullrich: Solff erklärt: Solff will im Interesse des Friedens alle Sozialisierung umtan stellen, moogen schärfte Bewandern einbringen. Ullrich: Solff erklärt: Solff will im Interesse des Friedens alle Sozialisierung umtan stellen, moogen schärfte Bewandern einbringen. Ullrich: Solff erklärt: Solff will im Interesse des Friedens alle Sozialisierung umtan stellen, moogen schärfte Bewandern einbringen.

Ullrich: Solff erklärt: Solff will im Interesse des Friedens alle Sozialisierung umtan stellen, moogen schärfte Bewandern einbringen. Ullrich: Solff erklärt: Solff will im Interesse des Friedens alle Sozialisierung umtan stellen, moogen schärfte Bewandern einbringen. Ullrich: Solff erklärt: Solff will im Interesse des Friedens alle Sozialisierung umtan stellen, moogen schärfte Bewandern einbringen.

Ullrich: Solff erklärt: Solff will im Interesse des Friedens alle Sozialisierung umtan stellen, moogen schärfte Bewandern einbringen. Ullrich: Solff erklärt: Solff will im Interesse des Friedens alle Sozialisierung umtan stellen, moogen schärfte Bewandern einbringen. Ullrich: Solff erklärt: Solff will im Interesse des Friedens alle Sozialisierung umtan stellen, moogen schärfte Bewandern einbringen.

Ullrich: Solff erklärt: Solff will im Interesse des Friedens alle Sozialisierung umtan stellen, moogen schärfte Bewandern einbringen. Ullrich: Solff erklärt: Solff will im Interesse des Friedens alle Sozialisierung umtan stellen, moogen schärfte Bewandern einbringen. Ullrich: Solff erklärt: Solff will im Interesse des Friedens alle Sozialisierung umtan stellen, moogen schärfte Bewandern einbringen.

Ullrich: Solff erklärt: Solff will im Interesse des Friedens alle Sozialisierung umtan stellen, moogen schärfte Bewandern einbringen. Ullrich: Solff erklärt: Solff will im Interesse des Friedens alle Sozialisierung umtan stellen, moogen schärfte Bewandern einbringen. Ullrich: Solff erklärt: Solff will im Interesse des Friedens alle Sozialisierung umtan stellen, moogen schärfte Bewandern einbringen.

Ullrich: Solff erklärt: Solff will im Interesse des Friedens alle Sozialisierung umtan stellen, moogen schärfte Bewandern einbringen. Ullrich: Solff erklärt: Solff will im Interesse des Friedens alle Sozialisierung umtan stellen, moogen schärfte Bewandern einbringen. Ullrich: Solff erklärt: Solff will im Interesse des Friedens alle Sozialisierung umtan stellen, moogen schärfte Bewandern einbringen.

Ullrich: Solff erklärt: Solff will im Interesse des Friedens alle Sozialisierung umtan stellen, moogen schärfte Bewandern einbringen. Ullrich: Solff erklärt: Solff will im Interesse des Friedens alle Sozialisierung umtan stellen, moogen schärfte Bewandern einbringen. Ullrich: Solff erklärt: Solff will im Interesse des Friedens alle Sozialisierung umtan stellen, moogen schärfte Bewandern einbringen.

Ullrich: Solff erklärt: Solff will im Interesse des Friedens alle Sozialisierung umtan stellen, moogen schärfte Bewandern einbringen. Ullrich: Solff erklärt: Solff will im Interesse des Friedens alle Sozialisierung umtan stellen, moogen schärfte Bewandern einbringen. Ullrich: Solff erklärt: Solff will im Interesse des Friedens alle Sozialisierung umtan stellen, moogen schärfte Bewandern einbringen.

Ullrich: Solff erklärt: Solff will im Interesse des Friedens alle Sozialisierung umtan stellen, moogen schärfte Bewandern einbringen. Ullrich: Solff erklärt: Solff will im Interesse des Friedens alle Sozialisierung umtan stellen, moogen schärfte Bewandern einbringen. Ullrich: Solff erklärt: Solff will im Interesse des Friedens alle Sozialisierung umtan stellen, moogen schärfte Bewandern einbringen.

Ullrich: Solff erklärt: Solff will im Interesse des Friedens alle Sozialisierung umtan stellen, moogen schärfte Bewandern einbringen. Ullrich: Solff erklärt: Solff will im Interesse des Friedens alle Sozialisierung umtan stellen, moogen schärfte Bewandern einbringen. Ullrich: Solff erklärt: Solff will im Interesse des Friedens alle Sozialisierung umtan stellen, moogen schärfte Bewandern einbringen.

Ullrich: Solff erklärt: Solff will im Interesse des Friedens alle Sozialisierung umtan stellen, moogen schärfte Bewandern einbringen. Ullrich: Solff erklärt: Solff will im Interesse des Friedens alle Sozialisierung umtan stellen, moogen schärfte Bewandern einbringen. Ullrich: Solff erklärt: Solff will im Interesse des Friedens alle Sozialisierung umtan stellen, moogen schärfte Bewandern einbringen.

In der weiteren Debatte protestiert Haas-Rochowitz gegen die Diktatur von Berlin und erklärt die Nationalversammlung für das einzige Mittel gegen den Separatismus.

Scheidemann unterstützt Giesers Ansicht, daß man im Augenblick der Herrschaft nicht sozialisieren könne, und wendet sich gegen das Massenparlament, wie es die A. und S.-Räte auf die Dauer wären.

Der Reichsausschuss erklärt sich für die unbedingte Beibehaltung der A. und S.-Räte bis die wirtschaftliche Revolution weit genug vorgetrieben sei.

Volksbeauftragter Gause weist die Verhandlungsfähigkeit der jetzigen Regierung nach, zu deren Unterstützung sich sogar die Bürgerliche Partei erklärt.

Rochowitz erklärt, daß die Arbeiter nicht in die Hände der Diktatur fallen dürfen, sondern die Nationalversammlung als einzige Instanz für die Lösung der Krise zu betrachten.

Die Württembergische Delegation erklärt sich für die unbedingte Beibehaltung der A. und S.-Räte bis die wirtschaftliche Revolution weit genug vorgetrieben sei.

Volksbeauftragter Gause weist die Verhandlungsfähigkeit der jetzigen Regierung nach, zu deren Unterstützung sich sogar die Bürgerliche Partei erklärt.

Rochowitz erklärt, daß die Arbeiter nicht in die Hände der Diktatur fallen dürfen, sondern die Nationalversammlung als einzige Instanz für die Lösung der Krise zu betrachten.

Die Württembergische Delegation erklärt sich für die unbedingte Beibehaltung der A. und S.-Räte bis die wirtschaftliche Revolution weit genug vorgetrieben sei.

Volksbeauftragter Gause weist die Verhandlungsfähigkeit der jetzigen Regierung nach, zu deren Unterstützung sich sogar die Bürgerliche Partei erklärt.

Rochowitz erklärt, daß die Arbeiter nicht in die Hände der Diktatur fallen dürfen, sondern die Nationalversammlung als einzige Instanz für die Lösung der Krise zu betrachten.

Die Württembergische Delegation erklärt sich für die unbedingte Beibehaltung der A. und S.-Räte bis die wirtschaftliche Revolution weit genug vorgetrieben sei.

Volksbeauftragter Gause weist die Verhandlungsfähigkeit der jetzigen Regierung nach, zu deren Unterstützung sich sogar die Bürgerliche Partei erklärt.

Rochowitz erklärt, daß die Arbeiter nicht in die Hände der Diktatur fallen dürfen, sondern die Nationalversammlung als einzige Instanz für die Lösung der Krise zu betrachten.

Die Württembergische Delegation erklärt sich für die unbedingte Beibehaltung der A. und S.-Räte bis die wirtschaftliche Revolution weit genug vorgetrieben sei.

Volksbeauftragter Gause weist die Verhandlungsfähigkeit der jetzigen Regierung nach, zu deren Unterstützung sich sogar die Bürgerliche Partei erklärt.

Rochowitz erklärt, daß die Arbeiter nicht in die Hände der Diktatur fallen dürfen, sondern die Nationalversammlung als einzige Instanz für die Lösung der Krise zu betrachten.

Die Württembergische Delegation erklärt sich für die unbedingte Beibehaltung der A. und S.-Räte bis die wirtschaftliche Revolution weit genug vorgetrieben sei.

Volksbeauftragter Gause weist die Verhandlungsfähigkeit der jetzigen Regierung nach, zu deren Unterstützung sich sogar die Bürgerliche Partei erklärt.

Rochowitz erklärt, daß die Arbeiter nicht in die Hände der Diktatur fallen dürfen, sondern die Nationalversammlung als einzige Instanz für die Lösung der Krise zu betrachten.

Die Württembergische Delegation erklärt sich für die unbedingte Beibehaltung der A. und S.-Räte bis die wirtschaftliche Revolution weit genug vorgetrieben sei.

Volksbeauftragter Gause weist die Verhandlungsfähigkeit der jetzigen Regierung nach, zu deren Unterstützung sich sogar die Bürgerliche Partei erklärt.

Rochowitz erklärt, daß die Arbeiter nicht in die Hände der Diktatur fallen dürfen, sondern die Nationalversammlung als einzige Instanz für die Lösung der Krise zu betrachten.

Die Württembergische Delegation erklärt sich für die unbedingte Beibehaltung der A. und S.-Räte bis die wirtschaftliche Revolution weit genug vorgetrieben sei.

Volksbeauftragter Gause weist die Verhandlungsfähigkeit der jetzigen Regierung nach, zu deren Unterstützung sich sogar die Bürgerliche Partei erklärt.

Rochowitz erklärt, daß die Arbeiter nicht in die Hände der Diktatur fallen dürfen, sondern die Nationalversammlung als einzige Instanz für die Lösung der Krise zu betrachten.

Die Württembergische Delegation erklärt sich für die unbedingte Beibehaltung der A. und S.-Räte bis die wirtschaftliche Revolution weit genug vorgetrieben sei.

Volksbeauftragter Gause weist die Verhandlungsfähigkeit der jetzigen Regierung nach, zu deren Unterstützung sich sogar die Bürgerliche Partei erklärt.

Rochowitz erklärt, daß die Arbeiter nicht in die Hände der Diktatur fallen dürfen, sondern die Nationalversammlung als einzige Instanz für die Lösung der Krise zu betrachten.

Die Württembergische Delegation erklärt sich für die unbedingte Beibehaltung der A. und S.-Räte bis die wirtschaftliche Revolution weit genug vorgetrieben sei.

Volksbeauftragter Gause weist die Verhandlungsfähigkeit der jetzigen Regierung nach, zu deren Unterstützung sich sogar die Bürgerliche Partei erklärt.

Rochowitz erklärt, daß die Arbeiter nicht in die Hände der Diktatur fallen dürfen, sondern die Nationalversammlung als einzige Instanz für die Lösung der Krise zu betrachten.

Die Württembergische Delegation erklärt sich für die unbedingte Beibehaltung der A. und S.-Räte bis die wirtschaftliche Revolution weit genug vorgetrieben sei.

Volksbeauftragter Gause weist die Verhandlungsfähigkeit der jetzigen Regierung nach, zu deren Unterstützung sich sogar die Bürgerliche Partei erklärt.

Rochowitz erklärt, daß die Arbeiter nicht in die Hände der Diktatur fallen dürfen, sondern die Nationalversammlung als einzige Instanz für die Lösung der Krise zu betrachten.

Gummigele. Nun ja — Gummigele! Wir werden wo anders hingehen und werden das schmale Gebilde der Bourgeoisie ungenügend getrimmt, damit endlich das Proletariat eine eigene Welt hat, in der es leben kann.

Ein anderes Symptom der neuen Männer: Die Internationalen Kommunisten in Dresden ließen im Betrieb der „Sozialistischen Staatszeitung“ ihre Tagesorgane herstellen. Die erste Nummer wurde gedruckt, die zweite konnte nicht gedruckt werden, weil die Geber streikten — die Gewerkschaften hielten fest.

Die Sache ist, wie man den Auftragsgeber erklärte. Aber es geschieht noch mehr. Ein kleiner Teil (57 Exemplare) von dem „Kommunist“ wurden beschlagnahmt und den Soldaten das Verteilen dieses Organs verboten.

Diese Tatsachen brauchen keinen Kommentar. Sie zeigen uns den Geist der sogenannten neuen Volksregierung, die durch unsere proletarische Arbeit fast wieder aus der Bildfläche verschwinden muß. Dabin feuert unser Mars — eine rein proletarische Volksregierung, die den Sturz der Gesellschaft herbeiführt.

In den Armen liegen sich beide. Wir lesen in der Regierungspresse: Am Dienstag abend hielt die sozialdemokratische Organisation Groß-Berlins sehr stark besetzte Mitglieder Versammlungen ab, an denen vielfach auch unabhängige Teilnehmer.

Die Versammlungen sprachen sich meist einstimmig für die sofortige Einberufung der konstituierenden Nationalversammlung und für die Wiedereinsetzung der beiden sozialistischen Parteien aus. Die unabhängigen Diskussionen der beiden sozialistischen Parteien gegen die Sozialdemokratie in vollem Umfange aufrecht, aber aber so, daß der Streit durch die Ereignisse überholt sei und stimmen der Forderung zu, daß die Parteivorstände die Einigung sofort in die Wege leiten müßten.

Die Sache läßt keinen Zweifel amodi einen wunderbar feinen Witz machen, indem er erzählt, wie er mit einem nebenhergehenden Kollegen zurecht kam: Wir unarmen uns beide, und von diesem Augenblick an waren wir geschworene Todfeinde! Diese Unabhängigen sind umgekehrte Komodis. Sie erklären: Wir bleiben Todfeinde, aber wir unarmen uns! Wir müssen gelassen, daß uns der edle Komodi besser gefällt. Um solche Unabhängigen ist es nicht schade. Niemand wird sie vermissen.

Sonderpolitik der Generale. Der bisherige Generalfeldmarschall von Hindenburg erklärt in letzter Zeit wiederholt Kundgebungen, die geeignet sind, auf empfindliche die bevorstehenden Friedensverhandlungen zu führen. Der Ministerpräsident des Reiches von Bayern nimmt Anlaß, gegen diese ebenso unglückliche wie unzulässige Einschüpfung des bisherigen Generalfeldmarschalls in die Politik entschieden Protest einzulegen.

Es ist nicht mehr an der Zeit, den im deutschen Volk angekommenen Jörn auf das feindliche Ausland ablenken zu wollen. Ministerpräsident Kurt Eisner.

Werden sich die Herren Generale um solche Proteste kümmern? Sie geben ihre Macht noch lange nicht verloren.

Die Drohung mit dem Bürgerkrieg. Die Württembergische Delegation erklärt sich für die unbedingte Beibehaltung der A. und S.-Räte bis die wirtschaftliche Revolution weit genug vorgetrieben sei.

Volksbeauftragter Gause weist die Verhandlungsfähigkeit der jetzigen Regierung nach, zu deren Unterstützung sich sogar die Bürgerliche Partei erklärt.

Rochowitz erklärt, daß die Arbeiter nicht in die Hände der Diktatur fallen dürfen, sondern die Nationalversammlung als einzige Instanz für die Lösung der Krise zu betrachten.

Die Württembergische Delegation erklärt sich für die unbedingte Beibehaltung der A. und S.-Räte bis die wirtschaftliche Revolution weit genug vorgetrieben sei.

Volksbeauftragter Gause weist die Verhandlungsfähigkeit der jetzigen Regierung nach, zu deren Unterstützung sich sogar die Bürgerliche Partei erklärt.

Rochowitz erklärt, daß die Arbeiter nicht in die Hände der Diktatur fallen dürfen, sondern die Nationalversammlung als einzige Instanz für die Lösung der Krise zu betrachten.

Die Württembergische Delegation erklärt sich für die unbedingte Beibehaltung der A. und S.-Räte bis die wirtschaftliche Revolution weit genug vorgetrieben sei.

Volksbeauftragter Gause weist die Verhandlungsfähigkeit der jetzigen Regierung nach, zu deren Unterstützung sich sogar die Bürgerliche Partei erklärt.

Rochowitz erklärt, daß die Arbeiter nicht in die Hände der Diktatur fallen dürfen, sondern die Nationalversammlung als einzige Instanz für die Lösung der Krise zu betrachten.

Die Württembergische Delegation erklärt sich für die unbedingte Beibehaltung der A. und S.-Räte bis die wirtschaftliche Revolution weit genug vorgetrieben sei.

Volksbeauftragter Gause weist die Verhandlungsfähigkeit der jetzigen Regierung nach, zu deren Unterstützung sich sogar die Bürgerliche Partei erklärt.

Rochowitz erklärt, daß die Arbeiter nicht in die Hände der Diktatur fallen dürfen, sondern die Nationalversammlung als einzige Instanz für die Lösung der Krise zu betrachten.

Die Württembergische Delegation erklärt sich für die unbedingte Beibehaltung der A. und S.-Räte bis die wirtschaftliche Revolution weit genug vorgetrieben sei.

Volksbeauftragter Gause weist die Verhandlungsfähigkeit der jetzigen Regierung nach, zu deren Unterstützung sich sogar die Bürgerliche Partei erklärt.

Rochowitz erklärt, daß die Arbeiter nicht in die Hände der Diktatur fallen dürfen, sondern die Nationalversammlung als einzige Instanz für die Lösung der Krise zu betrachten.

Die Württembergische Delegation erklärt sich für die unbedingte Beibehaltung der A. und S.-Räte bis die wirtschaftliche Revolution weit genug vorgetrieben sei.

Volksbeauftragter Gause weist die Verhandlungsfähigkeit der jetzigen Regierung nach, zu deren Unterstützung sich sogar die Bürgerliche Partei erklärt.

Rochowitz erklärt, daß die Arbeiter nicht in die Hände der Diktatur fallen dürfen, sondern die Nationalversammlung als einzige Instanz für die Lösung der Krise zu betrachten.

Die Württembergische Delegation erklärt sich für die unbedingte Beibehaltung der A. und S.-Räte bis die wirtschaftliche Revolution weit genug vorgetrieben sei.

Volksbeauftragter Gause weist die Verhandlungsfähigkeit der jetzigen Regierung nach, zu deren Unterstützung sich sogar die Bürgerliche Partei erklärt.

Rochowitz erklärt, daß die Arbeiter nicht in die Hände der Diktatur fallen dürfen, sondern die Nationalversammlung als einzige Instanz für die Lösung der Krise zu betrachten.

Die Württembergische Delegation erklärt sich für die unbedingte Beibehaltung der A. und S.-Räte bis die wirtschaftliche Revolution weit genug vorgetrieben sei.

Volksbeauftragter Gause weist die Verhandlungsfähigkeit der jetzigen Regierung nach, zu deren Unterstützung sich sogar die Bürgerliche Partei erklärt.

Rochowitz erklärt, daß die Arbeiter nicht in die Hände der Diktatur fallen dürfen, sondern die Nationalversammlung als einzige Instanz für die Lösung der Krise zu betrachten.

Die Württembergische Delegation erklärt sich für die unbedingte Beibehaltung der A. und S.-Räte bis die wirtschaftliche Revolution weit genug vorgetrieben sei.

Volksbeauftragter Gause weist die Verhandlungsfähigkeit der jetzigen Regierung nach, zu deren Unterstützung sich sogar die Bürgerliche Partei erklärt.

Rochowitz erklärt, daß die Arbeiter nicht in die Hände der Diktatur fallen dürfen, sondern die Nationalversammlung als einzige Instanz für die Lösung der Krise zu betrachten.

Rochowitz erklärt, daß die Arbeiter nicht in die Hände der Diktatur fallen dürfen, sondern die Nationalversammlung als einzige Instanz für die Lösung der Krise zu betrachten.

Die Württembergische Delegation erklärt sich für die unbedingte Beibehaltung der A. und S.-Räte bis die wirtschaftliche Revolution weit genug vorgetrieben sei.

Volksbeauftragter Gause weist die Verhandlungsfähigkeit der jetzigen Regierung nach, zu deren Unterstützung sich sogar die Bürgerliche Partei erklärt.

Rochowitz erklärt, daß die Arbeiter nicht in die Hände der Diktatur fallen dürfen, sondern die Nationalversammlung als einzige Instanz für die Lösung der Krise zu betrachten.

Die Württembergische Delegation erklärt sich für die unbedingte Beibehaltung der A. und S.-Räte bis die wirtschaftliche Revolution weit genug vorgetrieben sei.

Volksbeauftragter Gause weist die Verhandlungsfähigkeit der jetzigen Regierung nach, zu deren Unterstützung sich sogar die Bürgerliche Partei erklärt.

Rochowitz erklärt, daß die Arbeiter nicht in die Hände der Diktatur fallen dürfen, sondern die Nationalversammlung als einzige Instanz für die Lösung der Krise zu betrachten.

Die Württembergische Delegation erklärt sich für die unbedingte Beibehaltung der A. und S.-Räte bis die wirtschaftliche Revolution weit genug vorgetrieben sei.

Volksbeauftragter Gause weist die Verhandlungsfähigkeit der jetzigen Regierung nach, zu deren Unterstützung sich sogar die Bürgerliche Partei erklärt.

Rochowitz erklärt, daß die Arbeiter nicht in die Hände der Diktatur fallen dürfen, sondern die Nationalversammlung als einzige Instanz für die Lösung der Krise zu betrachten.

Die Württembergische Delegation erklärt sich für die unbedingte Beibehaltung der A. und S.-Räte bis die wirtschaftliche Revolution weit genug vorgetrieben sei.

Volksbeauftragter Gause weist die Verhandlungsfähigkeit der jetzigen Regierung nach, zu deren Unterstützung sich sogar die Bürgerliche Partei erklärt.

Rochowitz erklärt, daß die Arbeiter nicht in die Hände der Diktatur fallen dürfen, sondern die Nationalversammlung als einzige Instanz für die Lösung der Krise zu betrachten.

Die Württembergische Delegation erklärt sich für die unbedingte Beibehaltung der A. und S.-Räte bis die wirtschaftliche Revolution weit genug vorgetrieben sei.

Volksbeauftragter Gause weist die Verhandlungsfähigkeit der jetzigen Regierung nach, zu deren Unterstützung sich sogar die Bürgerliche Partei erklärt.

Rochowitz erklärt, daß die Arbeiter nicht in die Hände der Diktatur fallen dürfen, sondern die Nationalversammlung als einzige Instanz für die Lösung der Krise zu betrachten.

Die Württembergische Delegation erklärt sich für die unbedingte Beibehaltung der A. und S.-Räte bis die wirtschaftliche Revolution weit genug vorgetrieben sei.

Volksbeauftragter Gause weist die Verhandlungsfähigkeit der jetzigen Regierung nach, zu deren Unterstützung sich sogar die Bürgerliche Partei erklärt.

Rochowitz erklärt, daß die Arbeiter nicht in die Hände der Diktatur fallen dürfen, sondern die Nationalversammlung als einzige Instanz für die Lösung der Krise zu betrachten.

Die Württembergische Delegation erklärt sich für die unbedingte Beibehaltung der A. und S.-Räte bis die wirtschaftliche Revolution weit genug vorgetrieben sei.

Volksbeauftragter Gause weist die Verhandlungsfähigkeit der jetzigen Regierung nach, zu deren Unterstützung sich sogar die Bürgerliche Partei erklärt.

Rochowitz erklärt, daß die Arbeiter nicht in die Hände der Diktatur fallen dürfen, sondern die Nationalversammlung als einzige Instanz für die Lösung der Krise zu betrachten.

Die Württembergische Delegation erklärt sich für die unbedingte Beibehaltung der A. und S.-Räte bis die wirtschaftliche Revolution weit genug vorgetrieben sei.

Volksbeauftragter Gause weist die Verhandlungsfähigkeit der jetzigen Regierung nach, zu deren Unterstützung sich sogar die Bürgerliche Partei erklärt.

Rochowitz erklärt, daß die Arbeiter nicht in die Hände der Diktatur fallen dürfen, sondern die Nationalversammlung als einzige Instanz für die Lösung der Krise zu betrachten.

Die Württembergische Delegation erklärt sich für die unbedingte Beibehaltung der A. und S.-Räte bis die wirtschaftliche Revolution weit genug vorgetrieben sei.

Volksbeauftragter Gause weist die Verhandlungsfähigkeit der jetzigen Regierung nach, zu deren Unterstützung sich sogar die Bürgerliche Partei erklärt.

Rochowitz erklärt, daß die Arbeiter nicht in die Hände der Diktatur fallen dürfen, sondern die Nationalversammlung als einzige Instanz für die Lösung der Krise zu betrachten.

Die Württembergische Delegation erklärt sich für die unbedingte Beibehaltung der A. und S.-Räte bis die wirtschaftliche Revolution weit genug vorgetrieben sei.

Volksbeauftragter Gause weist die Verhandlungsfähigkeit der jetzigen Regierung nach, zu deren Unterstützung sich sogar die Bürgerliche Partei erklärt.

Rochowitz erklärt, daß die Arbeiter nicht in die Hände der Diktatur fallen dürfen, sondern die Nationalversammlung als einzige Instanz für die Lösung der Krise zu betrachten.

Die Württembergische Delegation erklärt sich für die unbedingte Beibehaltung der A. und S.-Räte bis die wirtschaftliche Revolution weit genug vorgetrieben sei.

Volksbeauftragter Gause weist die Verhandlungsfähigkeit der jetzigen Regierung nach, zu deren Unterstützung sich sogar die Bürgerliche Partei erklärt.

Rochowitz erklärt, daß die Arbeiter nicht in die Hände der Diktatur fallen dürfen, sondern die Nationalversammlung als einzige Instanz für die Lösung der Krise zu betrachten.

Die Württembergische Delegation erklärt sich für die unbedingte Beibehaltung der A. und S.-Räte bis die wirtschaftliche Revolution weit genug vorgetrieben sei.

Volksbeauftragter Gause weist die Verhandlungsfähigkeit der jetzigen Regierung nach, zu deren Unterstützung sich sogar die Bürgerliche Partei erklärt.

Rochowitz erklärt, daß die Arbeiter nicht in die Hände der Diktatur fallen dürfen, sondern die Nationalversammlung als einzige Instanz für die Lösung der Krise zu betrachten.

Sozialismus errichtet werden, doch von heute auf morgen ist das unmöglich.

Rochowitz erklärt, daß die Arbeiter nicht in die Hände der Diktatur fallen dürfen, sondern die Nationalversammlung als einzige Instanz für die Lösung der Krise zu betrachten.

Die Württembergische Delegation erklärt sich für die unbedingte Beibehaltung der A. und S.-Räte bis die wirtschaftliche Revolution weit genug vorgetrieben sei.

Volksbeauftragter Gause weist die Verhandlungsfähigkeit der jetzigen Regierung nach, zu deren Unterstützung sich sogar die Bürgerliche Partei erklärt.

Rochowitz erklärt, daß die Arbeiter nicht in die Hände der Diktatur fallen dürfen, sondern die Nationalversammlung als einzige Instanz für die Lösung der Krise zu betrachten.

Die Württembergische Delegation erklärt sich für die unbedingte Beibehaltung der A. und S.-Räte bis die wirtschaftliche Revolution weit genug vorgetrieben sei.

Volksbeauftragter Gause weist die Verhandlungsfähigkeit der jetzigen Regierung nach, zu deren Unterstützung sich sogar die Bürgerliche Partei erklärt.

Rochowitz erklärt, daß die Arbeiter nicht in die Hände der Diktatur fallen dürfen, sondern die Nationalversammlung als einzige Instanz für die Lösung der Krise zu betrachten.

Die Württembergische Delegation erklärt sich für die unbedingte Beibehaltung der A. und S.-Räte bis die wirtschaftliche Revolution weit genug vorgetrieben sei.

Volksbeauftragter Gause weist die Verhandlungsfähigkeit der jetzigen Regierung nach, zu deren Unterstützung sich sogar die Bürgerliche Partei erklärt.

Rochowitz erklärt, daß die Arbeiter nicht in die Hände der Diktatur fallen dürfen, sondern die Nationalversammlung als einzige Instanz für die Lösung der Krise zu betrachten.

Die Württembergische Delegation erklärt sich für die unbedingte Beibehaltung der A. und S.-Räte bis die wirtschaftliche Revolution weit genug vorgetrieben sei.

Volksbeauftragter Gause weist die Verhandlungsfähigkeit der jetzigen Regierung nach, zu deren Unterstützung sich sogar die Bürgerliche Partei erklärt.

Rochowitz erklärt, daß die Arbeiter nicht in die Hände der Diktatur fallen dürfen, sondern die Nationalversammlung als einzige Instanz für die Lösung der Krise zu betrachten.

Die Württembergische Delegation erklärt sich für die unbedingte Beibehaltung der A. und S.-Räte bis die wirtschaftliche Revolution weit genug vorgetrieben sei.

Volksbeauftragter Gause weist die Verhandlungsfähigkeit der jetzigen Regierung nach, zu deren Unterstützung sich sogar die Bürgerliche Partei erklärt.

Rochowitz erklärt, daß die Arbeiter nicht in die Hände der Diktatur fallen dürfen, sondern die Nationalversammlung als einzige Instanz für die Lösung der Krise zu betrachten.

Die Württembergische Delegation erklärt sich für die unbedingte Beibehaltung der A. und S.-Räte bis die wirtschaftliche Revolution weit genug vorgetrieben sei.

Volksbeauftragter Gause weist die Verhandlungsfähigkeit der jetzigen Regierung nach, zu deren Unterstützung sich sogar die Bürgerliche Partei erklärt.

Rochowitz erklärt, daß die Arbeiter nicht in die Hände der Diktatur fallen dürfen, sondern die Nationalversammlung als einzige Instanz für die Lösung der Krise zu betrachten.

Die Württembergische Delegation erklärt sich für die unbedingte Beibehaltung der A. und S.-Räte bis die wirtschaftliche Revolution weit genug vorgetrieben sei.

Volksbeauftragter Gause weist die Verhandlungsfähigkeit der jetzigen Regierung nach, zu deren Unterstützung sich sogar die Bürgerliche Partei erklärt.

Rochowitz erklärt, daß die Arbeiter nicht in die Hände der Diktatur fallen dürfen, sondern die Nationalversammlung als einzige Instanz für die Lösung der Krise zu betrachten.

Die Württembergische Delegation erklärt sich für die unbedingte Beibehaltung der A. und S.-Räte bis die wirtschaftliche Revolution weit genug vorgetrieben sei.

Volksbeauftragter Gause weist die Verhandlungsfähigkeit der jetzigen Regierung nach, zu deren Unterstützung sich sogar die Bürgerliche Partei erklärt.

Rochowitz erklärt, daß die Arbeiter nicht in die Hände der Diktatur fallen dürfen, sondern die Nationalversammlung als einzige Instanz für die Lösung der Krise zu betrachten.

Die Württembergische Delegation erklärt sich für die unbedingte Beibehaltung der A. und S.-Räte bis die wirtschaftliche Revolution weit genug vorgetrieben sei.

Volksbeauftragter Gause weist die Verhandlungsfähigkeit der jetzigen Regierung nach, zu deren Unterstützung sich sogar die Bürgerliche Partei erklärt.

Rochowitz erklärt, daß die Arbeiter nicht in die Hände der Diktatur fallen dürfen, sondern die Nationalversammlung als einzige Instanz für die Lösung der Krise zu betrachten.

Die Württembergische Delegation erklärt sich für die unbedingte Beibehaltung der A. und S.-Räte bis die wirtschaftliche Revolution weit genug vorgetrieben sei.

Volksbeauftragter Gause weist die Verhandlungsfähigkeit der jetzigen Regierung nach, zu deren Unterstützung sich sogar die Bürgerliche Partei erklärt.

Rochowitz erklärt, daß die Arbeiter nicht in die Hände der Diktatur fallen dürfen, sondern die Nationalversammlung als einzige Instanz für die Lösung der Krise zu betrachten.

Die Württembergische Delegation erklärt sich für die unbedingte Beibehaltung der A. und S.-Räte bis die wirtschaftliche Revolution weit genug vorgetrieben sei.

Volksbeauftragter Gause weist die Verhandlungsfähigkeit der jetzigen Regierung nach, zu deren Unterstützung sich sogar die Bürgerliche Partei erklärt.

Rochowitz erklärt, daß die Arbeiter nicht in die Hände der Diktatur fallen dürfen, sondern die Nationalversammlung als einzige Instanz für die Lösung der Krise zu betrachten.

Die Württembergische Delegation erklärt sich für die unbedingte Beibehaltung der A. und S.-Räte bis die wirtschaftliche Revolution weit genug vorgetrieben sei.

Volksbeauftragter Gause weist die Verhandlungsfähigkeit der jetzigen Regierung nach, zu deren Unterstützung sich sogar die Bürgerliche Partei erklärt.

Die Woge der Revolution.

Erklärung des Hamburg-Altonaer Soldatenrats. Der Bremer Soldatenrat hat uns heute zu einer Konferenz eingeladen, auf der der Vertreter Nordwestdeutschlands erscheinen sollen, um einen eigenen Verfassungskörper zu konstituieren.

Wir drei Delegierte der Hamburg-Altonaer Garnisonen sehen uns genötigt, nachdem wir von den Beschlüssen des Bremer A. u. S.-R. Kenntnis genommen haben, folgendes zu erklären:

1. Wir lehnen es ab, den Willen gewisser deutscher Einzelkämpfer als maßgebend für die Gestaltung der deutschen Republik anzuerkennen.

2. Auf der Vollversammlung sämtlicher Soldatenräte Hamburg-Altonas am 21. November im Gewerkschaftshaus in Hamburg wurde mit allen gegen eine Stimme eine Resolution angenommen: Die Vollversammlung aller Soldatenräte sämtlicher Garnisonen von Hamburg-Altona scheidet sich dem Beschlusse der Delegiertenversammlung an und stellt sich geschlossen hinter die neue Reichsregierung.

3. Wir lehnen jede Diktatur von rechts oder links ab, selbst eine vorübergehende Diktatur würde ein Eingreifen der Entente im Gefolge haben. Das Völkertum freut sich im stillen über die Diktatur Bremens, denn sie weiß, daß nach dem Gefolge von Unruhe und Wut und gemäß der Entwicklungsgeschichte aller Unzufriedenheiten dieser Weg am sichersten zum alten System zurückführt. Wir können nicht dulden, daß wir auf solche Weise die Früchte der Revolution gebracht werden. Wir können solche Behauptungen nur als gegen die Revolution gerichtet betrachten.

4. Nachdem wir uns geschlossen hinter die neue Reichsregierung gestellt haben, ist es ohne weiteres klar, daß wir das Weiterleben, eine Nationalversammlung einzuberufen, unterstützen werden. Nicht wollen wir durch einen gesamtdeutschen Sozialismus zur Demokratie, sondern durch Demokratie zum Sozialismus, wie uns die größten Vorkämpfer Lassalle, Engels und Marx gelehrt haben.

5. Die Sozialisierung der Arbeitsmittel wollen wir auf deutsche Art allmählich durchführen, solange wir dieses nicht international regeln können. Solange ein preußisches Japan besteht und ein imperialistisches England, das sich demokratisch nennt, kann naturgemäß nicht gewaltlos sozialisiert werden, denn unter ganzem Wirtschaftslieben würde damit zusammenhängen und wir wären eine Beute der Entente.

6. Eine endgültige Stellungnahme behalten wir uns vor, nachdem unsere Vertreter mit der Reichsregierung Rücksprache genommen haben.

Im Auftrage der Delegierten: Clausen, Hamburg, 23. November 1918.

(gez.) für Helfer: Freuchhoff, 2. Vorsitzender.

Die nordwestlichen A. und S.-Räte für die Nationalversammlung.

Eine von 107 stimmberechtigten Delegierten der Soldaten-, Arbeiter- und Bauernräte Nordwestdeutschlands besuchte Versammlung, die heute in Bremen tagte, um vor allen Dingen zu der Frage der Nationalversammlung Stellung zu nehmen, sprach sich mit 81 gegen 26 Stimmen prinzipiell für eine Nationalversammlung aus.

So ist denn mit großer Stimmenmehrheit ein Entschluß angenommen, nach dem sich die Versammlung auf den Standpunkt der sozialen Republik stellt. Nach Abschluß der Demobilisierung baldmöglichst die Nationalversammlung herbeizuführen und für die Anwesenheit ein Komitium in der Regierung verlangt, über das ein allgemeiner Delegiertenkongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands und Deutsch-Oesterreichs entscheiden soll.

Die „rote“ Reaktion herrscht in Dresden mit den brutalsten Mitteln. Der Berichterstatter des Pressebüros forderte in einer Sitzung der Exekutive der A. und S.-Räte unter anderem die Verlesung und Telegrammierung. Sie wurde gefordert, um die Kämpfer des Sozialismus zu vernichten. Derlei Reize! Die Kämpfer des Proletariats wuzten in der Zeit des imperialistischen Vorkriegszustandes unter dem Banner der weißen Reaktion von dem Polizeibüro und den bürgerlichen Massenführern niedergebunden; heute geschieht es unter anderem Namen — unter dem Namen der neuen Volksregierung Gause-Ebert. Herr Schwarz, der zweite Vorsitzende der A. und S.-Räte in Dresden, erklärte in einer Vollversammlung: Wir werden uns zu helfen wissen mit den demokratischen Mitteln gegen den Volkswind. Seine Exzerzieren wollten ein; die Verleser des Sozialismus — also die Kämpfer des proletarischen Klassenkampfes, die die Massenansprüche des Proletariats durchsetzen wollen, gebieten in die

Die Drohung mit dem Bürgerkrieg.

Die Württembergische Delegation erklärt sich für die unbedingte Beibehaltung der A. und S.-Räte bis die wirtschaftliche Revolution weit genug vorgetrieben sei.

Volksbeauftragter Gause weist die Verhandlungsfähigkeit der jetzigen Regierung nach, zu deren Unterstützung sich sogar die Bürgerliche Partei erklärt.

Rochowitz erklärt, daß die Arbeiter nicht in die Hände der Diktatur fallen dürfen, sondern die Nationalversammlung als einzige Instanz für die Lösung der Krise zu betrachten.

Die Württembergische Delegation erklärt sich für die unbedingte Beibehaltung der A. und S.-Räte bis die wirtschaftliche Revolution weit genug vorgetrieben sei.

Volksbeauftragter Gause weist die Verhandlungsfähigkeit der jetzigen Regierung nach, zu deren Unterstützung sich sogar die Bürgerliche Partei erklärt.

Rochowitz erklärt, daß die Arbeiter nicht in die Hände der Diktatur fallen dürfen, sondern die Nationalversammlung als einzige Instanz für die Lösung der Krise zu betrachten.

Die Württembergische Delegation erklärt sich für die unbedingte Beibehaltung der A. und S.-Räte bis die wirtschaftliche Revolution weit genug vorgetrieben sei.

Volksbeauftragter Gause weist die Verhandlungsfähigkeit der jetzigen Regierung nach, zu deren Unterstützung sich sogar die Bürgerliche Partei erklärt.

Rochowitz erklärt, daß die Arbeiter nicht in die Hände der Diktatur fallen dürfen, sondern die Nationalversammlung als einzige Instanz für die Lösung der Krise zu betrachten.

Apollo-Theater
Süderstrasse

Vom 26. bis 28. Novbr.
Der Narr hat sie geküsst
4 Akte u. d. Artisten-Leben.
In der Hauptrolle:
Leontine Kühnberg.
Die drei van Hells
4 Akte aus dem Leben eines Hochstaplers.

Palast-Theater
Hamburgerstr.

Vom 26.-28. Nov.
Wo ein Wille ist ein Weg
Sittenstück in 1 Vorspiel u. 4 Akten mit
Hedda Vernon.
Im Blendener der Liebe
Die Tragödie einer Tänzerin
in 4 Akten mit
Lu Synd.

HELIOS-Theater
Altona
gr. Bergstr.

Vom 26.-28. Nov.
Ringende Seelen
Sittendrama u. Gesellschafts-
kreise in 4 Akten.
In der Hauptrolle:
Gilda Langer
Vater wider Willen
Glück, Lustig, in 3 Akt. mit
Paul Heidemann.

BELLE-Theater
Allianz-Theater
Schulterblatt.

Vom 26.-28. Novbr.:
Der fremde Fürst
Ein Sittenst. aus 2 Weltteilen.
1 Vorsp. u. 4 Akte, l. d. Hauptrolle:
Paul Wegener
Der 1. und 2. Akt spielt
in Hamburg.
Glück, gelung. Aufnahme v.
den Landungsboten d. Alster
u. dem Uhlendorfer, Fährhaus.
Mädel v. Ballett
Lustspiel in 3 Akten mit
Ossi Oswalds.

CENTRAL-Theater
Wandsbeker
Chaussee 162.

Vom 26.-28. Novbr.:
Aus Liebe gefehlt.
Egrefolles Lebensbild in
5 Akten, in der Hauptrolle:
Lia Borré
und
Ernst Pittschau
Erst das Geschäft u.
dann das Vergnügen.
Lustspiel in 3 Akten mit
ARNOLD RIEK.

Achtung! Unabhängige und Linksradikale!
Mittwoch, den 27. November, abends 8 Uhr, Fortsetzung der Montag,
den 18. November, vertagten

**Kombinierten Mitglieder-Versammlung der
Unabhängigen und Linksradikalen**

im großen Kuppelsaal des Vorlesungsgebäudes, Edmund-Siemers-Allee
schräge gegenüber dem Danforthbahnhof.
Tagesordnung:

„Die Rote Fahne“!

Referenten: W. Düwell und P. Fröhlich.
Genossen! Die Presse ist eines unserer wichtigsten Kampfmittel! Zeigt durch Euer aller Geschehen, daß Ihr die Bedeutung unserer
„Roten Fahne“ erkannt habt!
Die Linksradikale Partei.

Achtung! Unabhängige! Achtung!

Mittwoch, den 27. November 1918, abends 8 Uhr

Mitglieder-Versammlung
im Restaurant Erholung, Ecke Holstenplatz, gegenüber der Musikhalle.

Tagesordnung:
1. Unsere Stellung zur Einberufung der Nationalversammlung.
Referent: Genosse Dr. Herz, Altona.
2. Parteiangelegenheiten.

Neue Mitglieder werden am Saaleingang aufgenommen.
Als Legitimation gilt nicht nur das Mitgliedsbuch, sondern auch der Quittungsabschnitt des
Aufnahmescheins.
Der Vorstand. P. Wagner.

Zu kaufen gesucht
Hausstand, einzelne Möbel,
Klavier, Schreibische, Billa,
Schlafschr. 11, 1st. Preis 8276.

Marken
Jean Holze
Bismarckstr. 70.

Gebisse
höchstzahl. bis A 150 fast
Bismarckstr. nach 4-7 Uhr.
Wilmersdorferstr. 19. Eibe 9712.

Brillanten, Schmuckfaden,
Uhren, Silberw., Münzen,
Gebisse, Plandischeine laut
Bismarckstr. 19, nach 4-7 Uhr, Eibe 9712.

**Deutsches Schauspielhaus
in Hamburg.**
Dienstag, 26. Nov., ab 7 1/2 Uhr:
Die Nichte.
Anf. 7 1/2 Uhr Ende geg. 10 Uhr.
Mittw., 27. Nov., abds. 7 1/2 Uhr:
Reu in Szene geht. Auf der
Einführung.
Die Brant von Messina,
od.: Die feindlichen Brüder.
Ein Trauerspiel mit Gebden
von Schiller. In Szene gesetzt
vom künstlerischen Leiter.
Anf. 7 1/2 Uhr Ende geg. 10 1/2 Uhr.
Donnerst., 28. Nov., ab 7 1/2 Uhr:
Deimat.
Freitag, 29. Nov., ab 7 1/2 Uhr:
Der Schöpfer.
Sonntag, 30. Nov., nachm. 3 Uhr:
Vorstellung für die Gesellschaft
der Freunde des holländischen
Schul- und Erziehungswezens
in Hamburg.
Das Konzert.
Ueber sämtliche Plätze zu dieser
Vorstellung ist bereits verflut.
Sonntag, 30. Nov., ab 7 1/2 Uhr:
Die Brant von Messina,
od.: Die feindlichen Brüder.
Sonntag, 1. Dez., mit 12 1/2 Uhr:
Vorstellung des Vereins für
Vortragsvorlesungen und Theater-
kultur in Hamburg.
Iphigenie auf Tauris.
Ueber sämtliche Plätze zu dieser
Vorstellung ist bereits verflut.
Sonntag, 1. Dez., abds. 7 1/2 Uhr:
(zu geschäftlichen Zeiten)
Der Schöpfer.

Knopf's Theater :: Deutsches Volkstheater
Spielbudenplatz 19 — Spielbudenplatz 20

Der Film der Stunde
Ferdinand Lassalle
Des Volkstribunen Glück und Ende.
Ein Vorspiel und 6 Akte
Ein Kampf um Liebe, Freiheit und Vaterland.
Hauptdarsteller: **Erich Kaiser-Citz**
Spielzeit:
Knopf's Theater nachmittags 3³⁰, 6⁰⁰, 8²⁰
Volkstheater nachmittags 3⁰⁰, 5³⁰, 7⁵⁰
bis 5 Uhr ermäßigte Preise.

Hamburger Volks-Oper
Direktion: Carl Richter.
Dienstag, 26. Nov., ab 7 1/2 Uhr:
13. Verflut. im Dienstags-
abendm., ungerade Gruppe
A u. B. Gaijaron.
Mittwoch, 27. Nov., nachm. 4 Uhr:
Kinder-Vorstellung. Aus der
goldenen Märchenzeit.
Langspiel Nanni u. Nini
Don, 7- und 9jährige Konz.
solistinnen. Ein Vorspiel,
10jährige Musikpädagogin.
Rube Lomacoma, 4jährige
Musikpädagogin. Kinder
40 A bis A 2.
Abends 7 1/2 Uhr: Der Evan-
gelmann.
Donnerstag, 28. Nov., ab 7 1/2 Uhr:
11. Vorstellung im Donner-
stags-Abendm., ungerade Gruppe
1 u. 2. Der Trompeter v.
Säffingen.
Freitag, 29. Nov., abds. 7 1/2 Uhr:
Die Jüdin.
Sonntag, 30. Nov., nm 3 1/2 Uhr:
Aus der goldenen Mär-
chenzeit. Kinder 40 A bis
A 2.
Abends 7 1/2 Uhr: Die Förster-
schicht.
Sonntag, 1. Dezember nachm. 4 Uhr:
Der Trompeter von Säf-
fingen.
Abends 7 1/2 Uhr: Der Bettel-
student.

Hamburger Stadt-Theater.
Dienstag, 26. Nov., 6 Uhr:
Lehngarin.
Mittwoch, 27. Nov., 7 Uhr:
Schöpfung.
Donnerstag, 28. Nov., 7 Uhr:
Die Entführung aus dem
Serail.
Freitag, 29. Nov., 6 Uhr:
Alba.
Sonntag, 30. Nov., 6 1/2 Uhr:
Carmen.
[Sonntag, 1. Dez., 1 1/2 Uhr:
La Traviata
Preis von A. 5 35 bis A. 0,65.

Thalia-Theater.
Dienst., 26. Nov., abds. 7 1/2 Uhr:
Uraufführung! Von 5-7.
Mittwoch, 27. Nov., abds. 7 1/2 Uhr:
Moral.
Donnerst., 28. Nov., 7 Uhr:
Eigentlicher Vorpruch von
Wilhelm Berges. Hierauf:
Die Journalisten.

Altonaer Stadt-Theater.
Dienstag, 26. Nov., 7 1/2 Uhr:
Die Journalisten.
Mittwoch, 27. Nov., 6 Uhr:
Haut (1. Teil).
Donnerstag, 28. Nov., 7 1/2 Uhr:
2. Teil: Die Schicksale der
Menschheit.
Freitag, 29. Nov., 7 Uhr:
Zhanar.
Sonntag, 30. Nov., 7 1/2 Uhr:
Ein einstudiert.
Der Hochzeitsstag.
Vorher:
Unter blauen Bestien.
Sonntag, 1. Dezember, 1 Uhr:
Wilhelm Tell.
Ermäß. Preise: Parterre A 2.-
Balkon 1.50, Logen 2.00.
Mittwoch, 4. Dezember, 7 1/2 Uhr:
Von 5-7.

Hamburger Kammerspiele.
Se erndincherhof 50, Alster 448.
Direktion: Erich Kiesel.
Dienstag, 26. Nov., abds. 8 Uhr:
Der Brand im Opern-
haus.
Mittwoch, 27. Nov., ab 8 Uhr:
Strandberg-Abend:
Gläubiger. — Mit dem
Feuer spielen.
Donnerstag, 28. Nov., ab 8 Uhr:
Der Brand im Opern-
haus.
Freitag, 29. Nov., abds. 8 Uhr:
Strandberg-Abend:
Gläubiger. — Mit dem
Feuer spielen.
Ab Sonntag, 30. Nov., 8 Uhr:
Strandberg-Abend:
Gläubiger. — Mit dem
Feuer spielen.
Jeder Erwachsene 1 Kind frei.

Die HUBAG
Haasenstein
Vogler A.G.
verlegt
ihre Geschäftsstelle
von K. Johannistr. 6/8 nach
**Börsen-
brücke 2a**
Ecke Gr. Johannisstr. - Dauenhofstr.

Reform KINO
Weststrasse 5.
Nur bis Donnerstag:
Die Film-Kathi
Drei lustige Akte mit
Rosa Porten und
Reinhold Schünzel
**Dagny und ihre
zwei Männer**
Sittendrama in 4 Akten
Hauptrolle:
Rosa Veltkirch.
Dorrit Weiseler
in dem Lebensbild
„Heimgekehrt“

**KAFFEEHAUS
ESPLANADE**
auch nachmittags
die hervorragenden Duette
Spiro-Horwitz.
**Ballhaus
Zauberflöte**
Bokornförderstrasse 42, hinter der Volkspop
Täglich TANZ.
2 Kapellen Anfang 4 Uhr.
Abonnenten für die „Rote Fahne“ werden
bei P. Janz, Notenburgort, Gartenstr. 38, Bd.,
angenommen.

Neues Operetten-Theater.
Direktion: Victor Pall.
Anfang täglich abends 7 1/2 Uhr.
Dienstag, 16., Donnerstag 28.,
Sonntag, 30., Sonntag, 1. Dez.,
Montag, 2. Dezember:
Die drei Kavaliere.
Mittwoch, 27. November:
Wo die Lerche singt.
Freitag, 29. November:
Die Hoje von Istanbul.
Dienstag, 3. Dezember:
Die Csárdásfürstin.
Sonntag, 3. Uhr. keine Preise:
Die Csárdásfürstin.

Carl Schulze-Theater
Direktion: Herman Haller.
Dienstag, 26. Nov., ab 7 1/2 Uhr:
Drei alte Schachteln.
Mittwoch, 27. Nov., ab 7 1/2 Uhr:
Fatinig.
Donnerstag, 28. Nov., ab 7 1/2 Uhr:
Wie einst im Mai.
Freitag, 29. Nov., ab 7 1/2 Uhr:
Der Bienenkönig.
Sonntag, 30. Nov., nachm. 4 Uhr:
1. Kinder-Nachmittags-Vor-
stellung zu der endes ermäßigten
Preis er, Kinder zahlen auf allen
Sitzplätzen halbe Preise.
Hänfel und Gretel.
Sonntag, 30. Nov., ab 7 1/2 Uhr:
Fatinig.
Sonntag, 1. Dez., nachm. 2 1/2 Uhr:
Drei alte Schachteln.
Sonntag, 1. Dez., abds. 7 1/2 Uhr:
Fatinig.

**Varieté
Hammonia.**
Gebr. Wolf
täglich abends 7 1/2 Uhr.
Sonntags auch nachm.
3 1/2 Uhr:
**Varieté-
November-Spielplan.**
Vorverkauf: Wichers,
Steindamm, Weymar,
Norderstrasse 109.
Hansa-Theater
Täglich 7.30 Uhr:
Variete.
November-Spielplan.

LESSING-THEATER

Kein politischer Schriftsteller

hat sich selbst durch sein Wilken ein bleibendes Denkmal gesetzt, hat tiefere Spuren in dem
politischen Leben hinterlassen, den er mit der ganzen Liebe eines an inneren und äußeren Gaben
überreichen Menschen, mit der holländischen Tatkraft eines Genies gedient hat, es **Ferdinand
Lassalle**. 54 Jahre sind verflissen, seit Ferdinand Lassalle den letzten Atemzug tat, aber das
deutsche Volk hat die Erbschaft zu würdigen gewusst, die er hinterlassen hat. Heute, da ein ganzes
Reich in seinen Tagen lebt, erkennen wir mehr denn je, was wir dem Lande zu danken haben, der mit
seinem ganzen Sein für die Gleichberechtigung der Arbeiterschaft gekämpft und gelitten hat
— gelitten hat
Unser Bestreben, diesen Film, der wohl das regste Interesse, das je eine Biographie zu verzeichnen
hatte, hervorgerufen hat, noch längere Zeit auf dem Spielplan des Lessing-Theaters zu lassen.

Gänsemarkt, Eibe 4780/85.



Mur noch bis Donnerstag.

FERDINAND LASSALLE

war erfolglos.

So sehen wir uns daher gezwungen, dieses getraue Spiegelbild des Wirkens eines seltenen Mannes
nachdem es nur 3 Wochen vor ausverkauften Hause vorgeführt werden konnte, am **Donnerstag,
den 28. November** zum letzten Male zu bringen. Wenn Sie sich über die Grund des der
ausgezeichneten Bewertung orientieren wollen, wenn Sie einen Einblick in die
sozialen Verhältnisse einer Zeit, die nunmehr über ein halbes Jahrhundert
zurückliegt, haben wollen, kurz, wenn Sie der ausgiebigsten Zeit Rechnung
tragen wollen, **versäumen Sie nicht die letzten Tage.**
Aufführungszeiten:
4, 6²⁰, 8⁴⁰ Uhr